

## 1.0. Einführung

### 1.1. Die Ausgangslage

Der überwiegende Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland versteht sich als Teil eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens, das – gleichsam geläutert durch seine Geschichte – alle Arten von „Einzelherrschaft“ ablehnt. Aufgrund dieser Ausgangslage, dieses gesellschaftlichen Selbstverständnisses, versteht sich von selbst, dass auch die Zeugnisse der vordemokratischen Epoche nur noch als überwundene Relikte der Vergangenheit dargestellt und als kulturelles Erbe in eine wie auch immer geartete (kollektive) „kulturelle Identität“ integriert werden. Die Begegnung mit der Vergangenheit erfolgt dabei durchaus mit Respekt.

Für die Architektur gilt, dass erhebliche Mittel verwendet werden, um Bauten aus vergangenen Zeiten zu restaurieren und zu konservieren. Staatliche Einrichtungen, wie etwa die Ämter für Denkmalschutz, überwachen den Erhalt alter Bausubstanz. Die Aufgabe gelingt freilich nicht immer ohne Widerspruch, denn welcher Bau schützenswert ist, was also sein „Wert“ ist im Sinne eines Nachdenkens über den historischen Kontext seiner Entstehung oder Verwendung, versteht sich nicht von selbst. Was ein Denkmal ist, entscheiden Menschen, die selbst wieder aus einer bestimmten Perspektive auf ein etwaiges Baudenkmal sehen. Selbst der „objektivste“ Fachmann ist Kind seiner Zeit und somit Träger der Deutungs- und Denkmuster seiner Epoche. Doch selbst wenn fachlich die Lage eindeutig zu sein scheint, beginnen die Schwierigkeiten, wenn die Politik und das „allgemeine Denkmalsbewusstsein“ gegen die Expertenmeinung sind.<sup>1</sup> Als Beispiel solcher Schwierigkeiten nennt v. Buttlar den Abriss der ungarischen und polnischen Botschaft in Berlin, die Aufgabe der bereits denkmalgeschützten Fassung des Lustgartens von 1936 oder die verfälschende Rekonstruktion des vormodernen Stadtraums in Berlin durch das sogenannte „Planwerk Innenstadt“.<sup>2</sup> Weitere Prägungen, etwa (soziale) Herkunft, werden bewusst-unbewusst ihre Spuren in einer Entscheidung für oder gegen ein Denkmal hinterlassen. Hinzu kommen politisch-gesellschaftliche Faktoren, finanzielle Aspekte und persönliche Vorlieben. Der Streit um den „richtigen“ Denkmalschutz lässt sich nicht endgültig entscheiden, er wird sich immer wieder an einzelnen Objekten entzünden.

### 1.2. Denkmalschutz und Politik

Besonders prekär ist die Rolle des Denkmalschützers – und die der Politik, die vorgibt, Denkmale schützen zu wollen –, wenn ein historischer Bau aus einer Zeit stammt, die von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt wird. In jüngerer Zeit gilt dies ganz besonders für Bauten in der „Geschichtslandschaft“ der ehemaligen DDR. Das Schicksal von zahlreichen Ost-Berliner Denkmälern in der Wendezeit, bzw. einige Monate vor der staatsrechtlichen Wiedervereinigung, wurde bereits frühzeitig problematisiert und dokumentiert, darunter auch das Schlossportal IV im ehemaligen Staatsratsgebäude.<sup>3</sup>

Was macht die Frankfurter-Allee in Berlin-Friedrichshain schützenswert, ebenso das „Haus des Lehrers“<sup>4</sup> – nicht aber das „Ahornblatt“<sup>5</sup> oder das „Ministerium für Auswärtige

---

<sup>1</sup> Vgl. Buttlar, Adrian v.: Denkmalpflege und Öffentlichkeit (In: Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert – Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland. Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 25. und 26. Februar 1999 in Berlin. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 61). Berlin 1999, s. S. 18.

<sup>2</sup> Vgl. Buttlar, s. S. 18.

<sup>3</sup> Vgl. Erhalten, zerstören, verändern? Denkmäler in der DDR in Ost-Berlin. Eine dokumentarische Ausstellung. Herausgegeben von Aktives Museum für Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. Neue Gesellschaft für bildende Kunst. Berlin 1990, s. S. 48-49.

<sup>4</sup> Vgl. Barkhofen, Eva-Maria (Hg.): Ost-Berlin und seine Bauten. Fotografien 1945 – 1990. Tübingen, Berlin 2006, s. S. 140.

Angelegenheiten“<sup>6</sup> (MfAA)? Weder in der exponierten Lage der aufgezählten Bauten, noch in ihrer Ästhetik mag man einen Unterschied erkennen können.

Das „Haus des Lehrers“ ist ein simples Hochhaus mit rechteckigem Grundriss in unmittelbarer Nähe zum Alexanderplatz, dessen einziger Schmuck ein im Stil des „sozialistischen Realismus“ gefertigtes, weithin sichtbares Mosaik ist.<sup>7</sup> Die Bildsprache zeigt die Aufgabe des Lehrers (von einer Lehrerin ist nichts zu erkennen), wie er die unterschiedlichen Fächer unterrichtet und somit Teilhaber ist am Aufbau einer besseren Zukunft. Das inzwischen abgerissene „Ahornblatt“ war ohne Zweifel schon aufgrund seiner architektonischen Form – nämlich der eines Ahornblatts – ein Kunstwerk und obendrein aufgrund seiner technischen Herstellung ein Zeugnis der Baugeschichte. Es war vielleicht sogar ein frühes Überbleibsel für das, was man heute einen „organischen Stil“ nennt. An seiner Stelle stehen heute die üblichen Betonkästen in Berliner Blockrandbebauung mit den eintönigen Natursteinfassaden.

Obwohl man es annehmen möchte, scheint ein Argument bei den als Beispiele der Denkmalpolitik angeführten Bauten unerheblich gewesen zu sein: Die Ideologie ihrer damaligen Bauherrn. Denn dann müsste man die Frankfurter Allee, die im Volksmund auch heute noch als „Stalinallee“ überdauert, und bei deren Aufbau sich die Arbeiterproteste von 1953 entzündeten, sofort abreißen. Ihr Charakter, ihre politische Ikonologie, ist auch heute noch in ihrer einschüchternden Dominanz als „totalitär“ zu erkennen. Monumental zu bauen wurde von der DDR-Führung schon frühzeitig als Mittel des politischen Kampfes bewusst eingesetzt.<sup>8</sup> Doch auch hierbei muss man der Fairness halber hinzufügen, dass das 20. Jahrhundert von einer „Demokratisierung des Bedürfnisses nach dem Monumentalen“<sup>9</sup> geprägt wurde, was nicht zuletzt an der Architektur in den USA zu belegen wäre. Überhaupt ist es schwierig, der Monumentalität oder dem Baumaterial bedingungslos politische Symbolik unterzujubeln. Das (west-)deutsche Bekenntnis des Architekten Behnisch, wonach gläserne Fassaden gleichbedeutend seien mit politischer Transparenz, stimmt in Zeiten von Panzerglas, Arbeitsparlamenten und „Expertokratie“ sicherlich nicht mehr.<sup>10</sup> So nennt denn auch Schirmer diese „routinierte Anwendung“ der Interpretation politischer Architektur zu recht naiv und weist darauf hin, dass mit diesem Ansatz zahlreiche Regierungsbauten der USA Ausgeburten faschistischer Machtverhältnisse sein müssten.<sup>11</sup>

### 1.3. Renaissance, Barock, Moderne – welcher Stil ist der wertvollste?

Eine weitere, praktisch nicht zu lösenden Problematik für den Denkmalschutz entsteht dann, wenn ein Gebäude teilweise oder ganz rekonstruiert, bzw. restauriert werden soll, das im Laufe der Jahrhunderte gewachsen ist – und daher immer wieder verändert wurde. Welchen Bauabschnitt soll man dann erhalten, bzw. wiederherstellen? Ist der Barock mehr Wert als die Renaissance oder gar das späte Mittelalter? Warum sollen die 1970er Jahre wertlos und somit

---

<sup>5</sup> Vgl. Barkhofen, s. S. 167.

<sup>6</sup> Vgl. Barkhofen, s. S. 132.

<sup>7</sup> Vgl. Schneider, Günter: Berlins Zentrum aus der Luft. Berlin 2001, s. S. 44-45.

<sup>8</sup> Vgl. Hain, Simone: „Von der Geschichte beauftragt, Zeichen zu setzen“. Zum Monumentalitätsverständnis in der DDR am Beispiel der Gestaltung der Hauptstadt Berlin. (In: Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument. Hg. von Romana Schneider und Wilfried Wang). Ostfildern-Ruit 1998, s. S. 189 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Cohen, Jean-Louis: Das Monumentale: latent oder offenkundig (In: Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument. Hg. von Romana Schneider und Wilfried Wang). Ostfildern-Ruit 1998, s. S. 72.

<sup>10</sup> Vgl. Kil, Wolfgang: Verhältnisse träumen oder Staat zeigen (In: Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument. Hg. von Romana Schneider und Wilfried Wang). Ostfildern-Ruit 1998, s. S. 235 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Schirmer, Dietmar: Politik und Architektur. Ein Beitrag zur politischen Symbolanalyse am Beispiel Washingtons (In: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Sprache, Politik, Öffentlichkeit, Bd. 6). Berlin, New York 1995, S. 309-339, s. S. 310 ff.

abreißbar sein? Sind nicht die Bauten von heute die Denkmäler von Morgen?!<sup>12</sup> Oder hat der Denkmalschutz tatsächlich nur eine Chance, wenn er als Bewahrer von „Schönem“ auftritt, wie etwa Engel in einem Aufsatz zurecht moniert?<sup>13</sup> Doch nicht nur der architektonischen Frühmoderne in Ost und West wird inzwischen verstärkt mit der Abrissbirne zu Leibe gerückt. Wie „gedankenlos-denkmallos“ selbst mit bedeutendster Architektur der Bundesrepublik umgegangen wurde, zeigte sich an dem Umgang mit dem sogenannten „Bundeshaus“ in Bonn. Der Bau, 1930 bis 1933 als Pädagogische Akademie errichtet – ein „Schmuckstück republikanischen Baustils“ –, war das Parlamentsgebäude der Bonner Republik.<sup>14</sup> Der Parlamentssaal war doppelt so groß wie der im Berliner Reichstag. Hier hatten „[...] Adenauer und Schumacher, Wehner und Kiesinger, Brandt und Strauß, Schmidt und Kohl miteinander die Klängen gekreuzt und deutsche Geschichte gemacht [...]“<sup>15</sup> Noch politischer aufgeladen kann man sich Architektur wahrlich kaum vorstellen! Wie kein anderer Bau stand das Bundeshaus unausgesprochen als Nationalsymbol Westdeutschlands; trotzdem wurde am 5. Juli 1987 mit überwältigender Mehrheit der Abgeordneten sein Abriss beschlossen.<sup>16</sup> Es ist die Ironie – oder Rache? – der Geschichte, dass der 1992 fertig gestellte Nachfolgerbau selbst nur noch provisorisch genutzt wurde; denn inzwischen stand der Umzug des Politikbetriebs in die neue Bundeshauptstadt Berlin auf der Tagesordnung.

Für die Schlossplatzdebatte bedeutet die Frage nach der „richtigen Zeitschicht“, das man sich als Befürworter der Rekonstruktion auch für einen bestimmten Bauabschnitt zu entscheiden hat. Denn einzusehen ist ja nicht per se, warum nur die Schlütersche Barockfassade das wirklich Wertvolle an dem Berliner Schloss gewesen sein soll, wo doch Stiche aus der Renaissance-Ära von in ihrer feinen Ästhetik wirklich bezaubernden Baukomplexen Zeugnis ablegen. Aber man kann ruhig noch weiter in die Zeit zurück gehen und sich ganz auf den Beginn des Schlosses konzentrieren, der ja sogar durch eine entsprechende Urkunde bis auf den Tag genau zu dokumentieren ist. Warum also dann nicht den ersten Bauabschnitt wieder errichten, dessen erster Spatenstich 1442 erfolgte und der just an der Stelle stand, an der viele Hundert Jahre später der Republikpalast errichtet wurde?

Gerade vor dem Hintergrund, dass der Palast der Republik an der baugeschichtlich ältesten Stelle errichtet wurde, stellt sich die Frage nach der „richtigen“ Bauzeit eindringlich. Ebenso interessant wird die Frage sein, in welcher Weise der Nachfolgebau – der Palast – mit seiner Umgebung korrespondiert und sie eventuell dominiert. Bezieht man das inzwischen abgeräumte Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR mit ein, erkennt man klar den Wunsch der Planer, ein doppeltes Forum zu schaffen: Einmal das gewaltige rechteckige Areal zwischen der Ostseite des Palastes und dem Fernsehturm, gesäumt von der zumeist zehnstöckigen Blockrandbebauung und dem Roten Rathaus<sup>17</sup>, und dann ein kleineres Forum in Nord-Süd Ausrichtung, im Norden begrenzt durch das Alte Museum, im Süden durch das Staatsratsgebäude, flankiert im Osten von Palast und Dom, im Westen vom MfAA und dem Zeughaus. Diese Flächen waren bewusst angelegt worden. Sie dienten auch Aufmärschen und Demonstrationen der „Werk tätigen“ und hatten somit eine legitimatorische

---

<sup>12</sup> Vgl. Flagge, Ingeborg: Die Bauten von heute sind die Denkmäler von morgen (In: Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert – Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland. Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 25. und 26. Februar 1999 in Berlin. Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 61). Berlin 1999, s. S. 53-54.

<sup>13</sup> Vgl. Engel, Helmut: Geschichte und Moderne (In: Denkmalpflege in den Städten. Stadtbaukunst, Stadtökologie, Stadtentwicklung. Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Heft 83). Berlin, Köln 2003, s. S. 79.

<sup>14</sup> Vgl. Hattenauer, Hans: Deutsche Nationalsymbole. Geschichte und Bedeutung (In: Bundesanzeiger, Jg. 50, Nr. 160a). 3. Auflage, Köln 1998, s. S. 192.

<sup>15</sup> Hattenauer, s. S. 193.

<sup>16</sup> Vgl. Hattenauer, s. S. 193.

<sup>17</sup> Ein besonders gutes Foto aus süd-östlicher Perspektive findet sich bei Schneider, s. S. 44-45. Ein Foto aus nördlicher Richtung findet man bei: Laubner, Dirk: Berlin aus der Luft fotografiert. Berlin 2001, s. S. 79.

Funktion.<sup>18</sup> Beide Areale wurden darüber hinaus verbunden durch die Einkerbung in der Dachform des Palastes, die von weitem gesehen optisch oft mit dem Fernsehturm korrespondierte. Allein aus dieser kurzen Skizze der städtebaulichen Situation wird deutlich, dass der latente Vorwurf der Schlossfreunde, die DDR-Führung habe in der Stadtmitte quasi wahllos und ohne Konzept herumgebaut, nicht stimmen kann.

Zu bedenken ist außerdem, dass noch am Ende des 19. Jahrhunderts unbekümmert in die alte Bausubstanz der unmittelbaren Schlossumgebung eingegriffen wurde. Das gilt beispielsweise für das Abräumen aller Wohnhäuser mit ca. 44 Parteien an der Schlossfreiheit, die nach 1894 erfolgte, um einem monumentalen Denkmal für Kaiser Wilhelm I. Platz zu schaffen.<sup>19</sup> Der ursprüngliche Plan, das Denkmal als Gegengewicht vor den Reichstag zu stellen, wurde letztlich verworfen.<sup>20</sup> Der Abriss der Wohnhäuser mit Geschäften – immerhin galt die Schlossfreiheit als eine der teuersten Wohnlagen der Stadt<sup>21</sup> – erfolgte, weil sie nach Meinung des Hofes dem Schloss zu nahe standen. Es gab Klagen darüber, dass man die schmutzige Wäsche der Anwohner sehen würde, was ein schlechter Kontrast sei zu den marmornen Figuren auf der Schlossbrücke.<sup>22</sup> Würde forderte Distanz. Die Bürgerhäuser mussten daher verschwinden. Die Einweihung des Denkmals, dessen Fundament heute noch zu sehen ist, erfolgte im März 1897 im Rahmen einer großangelegten Feierlichkeit.<sup>23</sup>

Die Bebauung der Schlossfreiheit mit Wohnhäusern – beispielsweise wie auf der Brache westliches des Auswärtigen Amtes (50 Townhouses) – wäre auch heute problemlos möglich; schmutzige Wäsche würde man dann sicherlich nicht mehr flattern sehen und auch einen auf Distanz bedachten Kaiser gebe es nicht. Auch könnte die Bebauung so erfolgen, dass die Dächer niedriger sind, als noch auf der alten Schlossfreiheit. Ohne Zweifel würden auch die Quadratmeterpreise zu den höchsten in der Stadt gehören. Somit könnte auch auf der Schlossfreiheit die „gute alte Zeit“ wieder Einzug halten. Ob und wie daher über eine erneute Bebauung der Schlossfreiheit debattiert wurde, wird man auch als Indiz für die Bürgerfreundlichkeit der Schlossbefürworter ansehen können.

Ein weiterer dramatischer Eingriff in die Bausubstanz, bzw. in die Schlossumgebung stellte die 1885 erfolgte Verkürzung des über die Ostfassade sich weiter nach Norden erstreckenden Apothekerflügels dar. So wurde der Weg frei für eine breitere Überfahrt in die östlichen Bezirke der Stadt. An der Stelle des Durchbruchs fährt man heute über die Liebknecht-Brücke (damals: Kaiser-Wilhelm-Brücke; noch früher: Cavaliersbrücke) auf die Karl-Liebknecht-Straße in das eigentliche Kerngebiet des alten Berlin. Die völlig deplaziert wirkende Marienkirche aus dem 13. Jahrhundert ist der letzte Zeuge dieses alten Berlin; sie steht dort so desintegriert wie ein alter Ohrensessel auf der Kommandobrücke eines Raumschiffs.

Zahlreiche Umbauten in der Innengestaltung der Schlossräume, beispielsweise im Weißen Saal, wurden völlig unbekümmert durchgeführt, zuletzt noch unter der Anleitung von Ernst von Ihne in der Zeit des Ersten Weltkriegs.

Als „Bauen fürs Gemüt“<sup>24</sup> spöttelte Tietz über die willkürlich anmutende Rekonstruktion von Gebäuden einer Zeit, die nicht einmal die klassischste war. Warum baute man nach 1990 das

---

<sup>18</sup> Vgl. Düwel, Jörn: Am Anfang der DDR: der Zentrale Platz in Berlin (In: Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument. Hg. von Romana Schneider und Wilfried Wang). Ostfildern-Ruit 1998, s. S. 163 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Arnold, Dietmar, Arnold Ingmar: Schlossfreiheit. Vor den Toren des Stadtschlosses. Berlin 1998.

<sup>20</sup> Vgl. Schäche, Wolfgang: Platz für die Macht. Der Spreebogen in Berlin-Tiergarten (In: Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument. Hg. von Romana Schneider und Wilfried Wang). Ostfildern-Ruit 1998, s. S. 39.

<sup>21</sup> Vgl. Arnold, s. S. 35.

<sup>22</sup> Vgl. Arnold, s. S. 45.

<sup>23</sup> Vgl. Arnold, s. S. 74.

<sup>24</sup> Vgl. Tietz, Jürgen: Berliner Verwandlungen. Hauptstadt. Architektur. Denkmal. Berlin 2000, S. 9-11.

„Pseudo-Adlon“ am Pariser Platz, statt das von Schinkel vorher an gleicher Stelle errichtete „Palais Redern“ zu rekonstruieren?<sup>25</sup> Eine völlig berechtigte Frage.

Kaum weniger wichtig als der Bau selbst ist die Verkehrsführung; sie kann die Wirkung von Architektur verstärken, oder ihre Wirkung hemmen. Der Lustgarten, eigentlich ein wichtiger Bestandteil des Schlosses, wird vom Schlossareal durch eine breite, sechsspurige (mit Busspur) Straße abgeschnitten. Die organische Einheit von Parkanlage und Hauptgebäude ist so verstümmelt, was ebenfalls in der Debatte problematisiert wurde. Eng verbunden mit der Struktur der Stadt ist das bereits erwähnte „Planwerk Innenstadt“. Senatsbaudirektor Stimmann bezeichnete den Grundriss einer Stadt ihr Gedächtnis und forderte vehement eine Rückbesinnung auf die historischen Straßenführungen und Bebauungsstrukturen der Vergangenheit.<sup>26</sup> Dabei konnte er sich auf Architekten berufen, die bereits seit Ende der 1960er Jahre begonnen hatten, die Stadt mit Hilfe von sogenannte Schwarzplan-Analysen als erhaltenswerte „Textur“ zu verstehen.<sup>27</sup> Die Debatte um die Gestaltung des Schlossplatzes wird man nicht ohne diese städtebauliche Vorgabe, die bereits 1996 als verbindlich von der Berliner Regierung durchgesetzt wurde, verstehen können.

#### 1.4. Wenn Linke Schlösser bauen

Obwohl nach der Wiedervereinigung eine Stimmung vorherrschte, in der alles möglich schien, kam die Forderung nach einer Wiedererrichtung des Stadtschlusses doch überraschend. Die Reaktionen waren zunächst eindeutig: Hier musste es sich um „Spinner“ handeln. Die Zeitungen beschäftigten sich wenig bis kaum mit der Schlossfrage. Und doch war die Forderung – zumal in Berlin – nicht mehr von der politischen Tagesordnung zu verbannen. Sie übte eine eigenartige Faszination aus, die sich abrupt steigerte, als Wilhelm von Boddien und sein Verein „Berliner Schloss e.V.“ 1993/94 das Schloss als lebensgroße Plastikpläne an originalgetreuer Stelle wiedererstehen ließen. Jetzt wurde die Vision der Schlossfreunde sichtbar. Während der Palast in seinem gesperrten Zustand mit Farbschmierereien an den Wänden und erblindeten Fenstern einen erbärmlichen, toten Eindruck machte, schien das Plastik-Schloss in sanften Gelbtönen so etwas wie eine Verheißung zu sein. Ein Versprechen von kommender Größe und wiedererstandenen Pomp, ein Raunen von Glanz und Gloria. Weil das Schloss nun visualisiert war, millionenfach von den Menschen als Foto in die eigenen vier Wände getragen, ebenso in den Bilddatenbanken der Medien gespeichert und immer wieder zur Illustration der Debatte benutzt wurde, begann es zu leben. In den Medien – besonders in der *tageszeitung (taz)* – wurde gespottet und gehöhnt über das „Plasteschloss“ ohne Kuppel, das aus Finanznot nicht ganz vollendet werden konnte. Vergebens. Die Botschaft des Schlosses verfehlte ihre Wirkung nicht. Immer mehr „Entscheider“ in der Politik und der Kulturszene wechselten auf die Seite der Schlossfreunde und schlugen bedeutende Argumente, die für den Palast oder zumindest gegen ein neues Schloss sprachen, in den Wind. Gegen Ende des untersuchten Zeitraums war es dann sogar der sozialdemokratische „Basta-Kanzler“ Gerhard Schröder höchstselbst, der in einem Gespräch in der Wochenzeitung DIE ZEIT 1999 erklärte, das Schloss sei ein Geschenk für die „Seele des Volkes“ in einer historischen Situation; das aber könne „außerordentlich befriedend“ wirken.<sup>28</sup> Man traute seinen Augen nicht. War das der Kern der politischen Ikonologie des Schlosses – die Befriedung des Volkes? Und wollte sich das ausgerechnet die rot-grüne Regierung zu Nutze machen? Unglaublich! Die Aussage des Chefs der ersten rot-

---

<sup>25</sup> Vgl. Tietz, s. S. 9.

<sup>26</sup> Vgl. Stimmann, Hans (Hg.): Von der Architektur- zur Stadtdebatte. Die Diskussion um das Planwerk Innenstadt. Berlin 2001, s. S. 11.

<sup>27</sup> Vgl. Stimmann, Hans: Das Gedächtnis der europäischen Stadt (In: Von der Architektur- zur Stadtdebatte. Die Diskussion um das Planwerk Innenstadt, herausgegeben von Hans Stimmann), Berlin 2001, s. S. 11 ff.

<sup>28</sup> Vgl. Hofmann, Gunter; Löffler, Sigrid: Eine offene Republik. In: DIE ZEIT Nr. 06. 04.02.1999, s. S. 33.

grünen Bundesregierung, die so ganz und gar nicht in das Selbstverständnis der „alternativen“ und „kritisch-emanzipatorischen“ Generation passte, gab letztlich den Anstoß für die vorliegende Untersuchung. Wenn selbst Linke – oder vielleicht besser gesagt: Menschen, die sich als Linke verstehen – wieder Schlösser bauen wollten in Berlin, dann war das Berliner Schloss nicht einfach ein Bauprojekt unter vielen, dann musste dieses Gebäude – und vor allem die an ihm entfachte Debatte – ein Seismograph sein für die geistige Verortung der Elite dieser Gesellschaft. Der Erkenntnisdrang war entfacht, man musste diesen Dingen auf den Grund gehen.

Von dem Zeitpunkt an, als Schröder sein überraschendes, von Politikberatern und PR-Spezialisten wohl abgewägtes Votum veröffentlichen ließ (er verplapperte sich ja nicht in einem der vielen TV-Talk-Shows), war das Projekt „Stadtschloss“ nicht mehr gefährdet. Das erkennt man vor allem an der Zeit nach 2002, die von dem Schlossbau trotz mancher Zwischenrufe prinzipiell nicht mehr abrückte. Kurze Phasen der Zwischennutzung<sup>29</sup> ließen die Palastfreunde zwar immer wieder hoffen, änderten den gefassten Beschluss aber nicht. Nach der kompletten Entkernung des Baus zu Zwecken der Asbestsanierung begann Ende 2005 der euphemistisch als „Rückbau“ bezeichnete Abriss.

Das besagte Schröder-Interview war die Ouvertüre für das Preußenjahr 2001 und die damit verbundenen schier unzähligen Veröffentlichungen und Stellungnahmen, die Preußen und seine Hohenzollern einer Würdigung unterzogen. Die Anerkennung der besonderen Leistungen im Bereich der Kultur, die die Hohenzollern geleistet haben sollen und sicherlich auch geleistet haben – Stadtschloss inklusive – kamen nicht zu kurz.

Der Weg vom Preußenjahr zur entscheidenden Abstimmung in der Versammlung des „deutschen Volkes“ war dann nur noch kurz. Tatsächlich votierte der Deutsche Bundestag als höchstes Vertretungsorgan der Bevölkerung in einer namentlichen Abstimmung vor der Sommerpause 2002 mit großer Mehrheit für die Errichtung eines Gebäudes in den Abmessungen des alten Schlosses mit seiner nachgebauten Fassade. Das Baukonzept für den Neubau ist konkret und vage zugleich. Nur wenige der über 1000 Räume, die das Schloss ursprünglich besaß, sollen rekonstruiert werden. Das Innenleben will man modern gestalten. Der Ostflügel, auf dem der Palast errichtet wurde, soll auch eine moderne Fassade – etwa aus Glas – erhalten, da an eine Rekonstruktion dieser verwinkelten Seite (vorerst?) nicht zu denken ist.

In der Tradition der Kunstkammern des Schlosses und des Volkshauscharakters des Palastes stehend, soll der neue Bau als „Humboldt-Forum“ in seinem Innern Wissen und Öffentlichkeit vereinen und die Kulisse abgeben für prächtige Staatsempfänge; von außen aber die vermeintliche „Wunde“ der Stadtmitte schließen und wieder Bezugspunkt werden für die anderen Bauten der Stadt.

## 1.5. Fragestellung

Ausgehend von der für einen Sozialdemokraten und amtierenden Bundeskanzler bemerkenswerten und zugleich beängstigenden Losung von der „befriedenden“ Wirkung des Schlosses wird es in der Arbeit darum gehen, eben jenes „Wirken“ der Architektur – jene politische Ikonologie der Architektur – anhand der Debatte um die Bebauung des Schlossplatzes zu untersuchen.

In dem Nach- und Aufspüren der politischen Architektur am Beispiel der Schlossplatzdebatte lauten die zentralen Fragen:

---

<sup>29</sup> Vgl. Deuffhard, Amelie, Krempf-Klieeisen, Sophie (Hg.): Volkspalast. Zwischen Aktivismus und Kunst. Berlin 2006.

- Was lässt sich über den geistig-politischen Zustand einer Bevölkerung und ihrer Eliten eines modernen demokratischen Staates sagen, wenn sich der Wunsch nach einem „Schloss“ in der Mitte der Hauptstadt über alle Parteigrenzen hinweg durchsetzen kann?
- Welche Funktion hat in der vorliegenden Konstellation herrschaftliche Architektur für das Gemeinwesen?

Die zentralen Hypothesen lauten:

- Die Rekonstruktion des Schlosses ist symptomatisch für den seit der Wende immer schneller werdenden Prozess der sogenannte „Normalisierung“ Deutschlands, der von den deutschen Eliten parteiunabhängig forciert und von breiten Bevölkerungsschichten getragen wird.
- Der Schlossneubau passt sich daher ein in eine Welle architektonischer Rekonstruktionen deutscher Städte und Gemeinden, in denen die Geschichte nur noch als „großartig“ und/oder „schön“ erlebt werden soll. Auslandseinsätze der Bundeswehr gehören in dieser Konstellation ebenso zur „Normalisierung“, wie der Abbau des Sozialstaats bei gleichzeitigem Ausbau innenpolitischer Überwachungsmethoden oder die Modulierung der Universitäten nach Gesichtspunkten kapitalistischer Effizienz – um nur einige Aspekte zu nennen.
- Der Schlossneubau markiert daher auch das grandiose Scheitern gesellschaftlicher Kräfte, die nach Moderne und Postmoderne nicht in der Lage waren, den Weg in die Zweite Moderne zu weisen.
- Die Schlossplatzdebatte dreht sich daher im Kern nicht um den oft postulierten Gegensatz zwischen „Ossis“ und „Wessis“, sondern:
- Die Mischung aus *hand made* barocker Fassade von außen und Stahlbeton *high tech* im Innern des geplanten Schlossneubaus ist ein Zeichen tiefer Verunsicherung politischer Eliten und breiter Bevölkerungsschichten. Sie veranschaulicht die inkonsequente Sehnsucht nach der „Gemütlichkeit“ der „guten alten Zeit“.

Dargestellt werden die Argumente – politische, ästhetische, wirtschaftliche –, die von Schlossgegnern und –befürwortern benutzt wurden.

Aus dem Fluss der zwölfjährigen Debatte, die ja nicht gleich intensiv verlief, lassen sich Höhe- und Wendepunkte erkennen. Höhepunkte erkennt man an der Menge und Dichte von Beiträgen, die in den fraglichen Medien veröffentlicht wurden. Manchmal gab es monatelang keinen Beitrag, dann wieder findet man täglich mehrere Artikel. Die Frage nach der Intensität ist daher eine Frage nach der Quantität. Wendepunkte lassen sich schwieriger ausmachen, denn keiner der Akteure wechselte ganz deutlich sichtbar die Seiten; es war eher ein schleichender Abfall von einer Position zu verfolgen, etwa wenn Schlossgegner zwar nicht mehr für den Erhalt des Palastes waren, dafür aber die Schaffung eines Parks befürworteten, um erst in einem zweiten oder dritten Schritt für einen Neubau einzutreten. Ob es nur Abweichler in Richtung Schloss gab, oder ob einstige Schlossfreunde im Laufe der Jahre zu den Palastbefürwortern überwechselten, auch das wird die Untersuchung klären können.

Ganz wichtig für die Untersuchungsdauer der Debatte sind die politischen Zyklen, denen der Politikbetrieb unterworfen war. Es gab allein drei Bundestagswahlen mit einem Regierungswechsel auf der Bundesebene (1998), Senatswahlen in Berlin und Landtagswahlen in anderen Bundesländern, Kabinettsumbildungen, wechselnde zuständige Ministerinnen und Minister. Es liegt auf der Hand, dass es zwischen den wechselnden Akteuren und dem Verlauf der Debatte Zusammenhänge gab. Diese Zusammenhänge werden durch die Arbeit

aufgedeckt, vor allem dann, wenn ein neuer Akteur der Debatte einen entscheidenden Impuls zu geben in der Lage war.

Die Schlossfreunde haben immer wieder argumentiert, das Stadtschloss sei nicht nur die Mitte Berlins, es sei auch die „Mitte der Mitte“, sozusagen das Zentrum Deutschlands. Ein Punkt also, in dem sich die gesamte Wesenhaftigkeit Deutschlands verdichte, ein Wahrzeichen auch des bundesrepublikanischen Gemeinwesens. Wenn das Schloss daher nicht wieder, zumindest äußerlich, wiedererstehe, sei das so, als wenn man Deutschland seinen Bezugspunkt verweigere. Mehr noch: Wenn das Schloss nicht erbaut werde, habe zudem der Kommunismus gesiegt, in dessen Namen der Bau 1950 gesprengt wurde. Anhand der Debatte wird also auch zu überprüfen sein, ob das Stadtschloss tatsächlich die symbolische Wucht besitzt, bzw. besaß, ob es stehen kann für Deutschland, ob die Bundesrepublik als föderativer Staat überhaupt so etwas wie ein Zentrum braucht, bzw. hatte oder hat. In diese Kategorie des Symbolgehalts gehört auch die Frage nach dem Wahrzeichen der Stadt Berlin. Es könnte ja sein, dass das Stadtschloss selbst auf dieser kommunalen Ebene nicht mithalten kann mit anderen Bauten der Stadt, etwa mit dem Brandenburger Tor oder dem Fernsehturm.

## 1.6. Begriffe und Methoden

Eine Ikonologie der Architektur gibt es schon seit vielen Hundert Jahren. Bandmann schreibt in seinem wegweisenden Artikel<sup>30</sup>, der bereits 1951 veröffentlicht wurde und dann erneut Eingang fand in dem Standardwerk von Warnke über die „Politische Architektur“<sup>31</sup>, das die Ursprünge der wissenschaftlich betriebenen Architekturikonologie in den literarischen Zeugnissen des Mittelalters lägen, die heute als Quellen behandelt würden. „Sie sind die ersten schriftlichen Anweisungen seit der Antike, die Bauwerke zu sehen und zu verstehen. Wenn sie auch keinen lokalen und periodischen, d.h. geschichtlichen Ordnungstendenzen haben, sie formulieren sprachlich den Überbau der Bedeutungen, die Ordnung, die das Bauwerk und seine Teile vertreten.“<sup>32</sup> Freilich gehören diese ersten Abhandlungen, wie auch die späteren Traktate über den richtigen Baustil, in die Kategorie der Kunstwissenschaft; sie sind daher für die Politikwissenschaft nur bedingt brauchbar. Es ist kein Zufall, dass beispielsweise Warnke, sozusagen der Gründervater der Wissenschaft über die Architektur als Politikum, von Haus aus Kunsthistoriker ist. Sein breites Betätigungsfeld, das konsequenterweise auch die politische Ikonologie der Landschaft<sup>33</sup> miteinbezieht, macht ihn als Stichwortgeber für die Politikwissenschaft dennoch unentbehrlich, wie er in einem anderen wichtigen Beitrag über den Faktor „Konkurrenz“ bei der Errichtung von Repräsentationsbauten beweist.<sup>34</sup> Seine Ausführungen über die tieferen Wurzeln der in der Geschichte der Politischen Architektur oft beobachteten Dichotomie von „Bau und Gegenbau“ lassen sich im Prinzip auch auf die Konkurrenz zwischen Palast der Republik und Stadtschloss übertragen: Auch hier stehen zwei Baukörper mit ihren spezifischen Stilmerkmalen und den damit verbundenen Botschaften unversöhnlich gegenüber, ja sogar am gleichen Platz. Dass eines der Bauten – das Schloss – gar nur virtuell und als Erinnerung existiert, macht den Konkurrenzkampf nur noch erbarmungsloser. Wettbewerbsentwürfe, die

<sup>30</sup> Vgl. Bandmann, Günter: Ikonologie der Architektur (In: Warnke, Martin (Hg.): Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft). Köln 1984, s. S. 19 ff.

<sup>31</sup> Vgl. Warnke, Martin (Hg.): Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft. Köln 1984.

<sup>32</sup> Bandmann, Günter: Ikonologie der Architektur (In: Warnke, Martin (Hg.): Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft). Köln 1984, s. S. 29.

<sup>33</sup> Vgl. Warnke, Martin: Politische Landschaft. Zur Kunstgeschichte der Natur. München, Wien 1992.

<sup>34</sup> Vgl. Warnke, Martin: Bau und Gegenbau (In: Hipp, Hermann, Seidl, Ernst: Architektur als politische Kultur. Philosophia practica). Berlin 1996, s. S. 11-18.

eine Versöhnung beider Bauten durch Teilrekonstruktion zum Ziel hatten, muteten regelmäßig an wie architektonische Zombies; sie spielten in der Debatte letztlich keine Rolle, denn es ging immer ums Ganze! Die Beibehaltung der Ostfassade im verglasten Stil des Palastes wurde von den Schlossfreunden zwar als Geste der Versöhnung interpretiert, da aber nach der Fertigstellung des Baus auch an dieser Stelle praktisch nichts mehr vom Palast übrig sein wird, kann man diese Geste nur als taktische Augenwischerei bezeichnen.

Wie sehr die politische Ikonologie fälschlicherweise noch immer als Domäne der Kunstgeschichte gesehen wird, zu der die Politikwissenschaft allenfalls einen „bescheidenen hilfswissenschaftlichen Beitrag“ (v. Beyme) zu leisten vermag, führt uns der noch vor wenigen Jahren Politikwissenschaft lehrende Kunsthistoriker und Soziologe Klaus von Beyme vor Augen. In seinem als wissenschaftlicher Grenzstein gedachten Beitrag über die „Politische Ikonologie der Architektur“<sup>35</sup> reduziert er das Politische der Architektur zu Bildvorstellungen, die der Politikwissenschaftler allenfalls „ideologiekritisch“ untersuchen könne.<sup>36</sup> „Politische Ikonologie der modernen Architektur wird daher nur durch die Anwendung des Wissens der politischen Geschichte in Verbindung mit dem Forschungsgegenstand der Kunstgeschichte angegangen werden können.“<sup>37</sup> Dass diese Sicht auf die Politische Architektur viel zu eng gefasst ist, sollte am Ende der Arbeit jedem Leser und jeder Leserin einleuchten. Gleichwohl ist seine Warnung ernst zu nehmen, wonach die „ikonologische Entdeckungsfreude“ auch für Architektur nicht überstrapaziert werden sollte, zumal eine ausdifferenzierte Demokratie ihre Botschaften besonders und durchaus nicht widerspruchsfrei verschlüssele.<sup>38</sup> Schirmer springt von Beyme bei und hält ihm zugute, dass er einer der wenigen Politikwissenschaftler sei, die sich überhaupt ernsthaft mit der Analyse politischer Architektur beschäftigt hätten.<sup>39</sup> Beide Wissenschaftler, Warnke und v. Beyme, wurden von dem eigentlichen Begründer einer neuen Ikonologie in der Kunstgeschichte, Aby Warburg, stark beeinflusst, der 1912 erstmals die Überlagerungen verschiedener „Sinnschichten“ bei Kunstwerken als „kritische Ikonologie“ postulierte.<sup>40</sup>

Die Annahme, mit dem aus dem Bauhaus kommenden „Internationalen Stil“ sei die Phase der mit Bedeutung aufgeladenen Architektur vorbei, wurde schon früh widerlegt.<sup>41</sup> Ganz richtig stellte sich heraus, dass selbst der schmuckloseste Bauklotz aus Glas und Beton Bedeutung hat – weil er ja nicht so, wie er dort steht wo er steht, vom Himmel gefallen ist. Für private Wohnhäuser mag Zweckmäßigkeit und Ästhetik – und weniger das Politische – die Ursache ihrer Formgebung sein; aber auch sie sind letztlich einer kommunalen Raum- und Bauordnung unterworfen und daher letzten Endes nicht ganz frei von politischen Implikationen. Zur Gänze politisch wird es aber, wenn der Staat zu bauen beginnt, und mag er noch so sehr eine direkte „erzieherische Parole“ (Warnke) vermeiden wollen. Daher ist es falsch, wenn Klotz bereits 1978 in einem Aufsatz<sup>42</sup> über Bonner Staatsarchitektur verzweifelt

---

<sup>35</sup> Vgl. Beyme, Klaus v.: Politische Ikonologie der Architektur (In: Hipp, Hermann, Seidl, Ernst: Architektur als politische Kultur. Philosophia practica). Berlin 1996, s. S. 19-34.

<sup>36</sup> Vgl. Beyme, s. S. 20.

<sup>37</sup> Beyme, s. S. 21.

<sup>38</sup> Vgl. Beyme, s. S. 31.

<sup>39</sup> Vgl. Schirmer, s. S. 310.

<sup>40</sup> Vgl. Hofmann, Werner: „Die Menschenrechte des Auges“ (In: Hofmann, Werner, Syamken, Georg (Hg.): Die Menschenrechte des Auges. Über Aby Warburg). Frankfurt/M. 1980, s. S. 88 ff. und:

Warnke, Martin: Vier Stichworte: Ikonologie – Pathosformel – Polarität und Ausgleich – Schlagbilder und Bilderfahrzeuge (In: Hofmann, Werner, Syamken, Georg (Hg.): Die Menschenrechte des Auges. Über Aby Warburg). Frankfurt/M. 1980, s. S. 53-61.

<sup>41</sup> Vgl. Warnke, Martin (Hg.): Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft). Köln 1984, s. S. 7.

<sup>42</sup> Vgl. Klotz, Heinrich: Ikonologie einer Hauptstadt – Bonner Staatsarchitektur (In: Warnke, Martin (Hg.): Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft). Köln 1984, s. S. 399 ff.

konstatierte, hier handele es sich um „Rechnungshof-Architektur“, in der die Republik zwar untergerbacht sei, aber kein Image finde.<sup>43</sup> Bloße „umbaute Kubikmeter“ sähe man hier, klagte Klotz, um sich im folgenden bei der Beschreibung des 1976 errichteten Bundeskanzleramts umgehend selbst zu widersprechen. Klotz: „Das Amt des Kanzlers erreicht seine Ausdruckskraft auf dem Wege: gemessene Schritte, lagernde Proportionen, feierliche Wiederholung, seriöser Ton;“<sup>44</sup> als müsse Regieren immer im Frack stattfinden, und als sei das eine ernste, seriöse, ja traurige Angelegenheit. Und das soll keine politische Architektur sein, möchte man Klotz fragen! Was er dort beschreibt, sind mitnichten nur umbaute Kubikmeter ohne Botschaft! Gerade angesichts des so ganz anderen Berliner Regierungsviertels am Reichstag erkennt man heute bereits durch einen flüchtigen Vergleich, wie spezifisch die Bonner Regierungsarchitektur gewesen ist, und wie sehr dieser Stil korrespondierte mit dem Selbstverständnis der Bundesrepublik bis 1989. Klotz fehlte nicht nur der Abstand zu seinem Untersuchungsgegenstand, ihm fehlte die politikwissenschaftliche Herangehensweise und er hatte offenbar etwas anderes (dekorativ-monumentales?) im Kopf, als er sich die Frage nach den Repräsentationsformen des Staates stellte.

Wesentlich weiter kam man in der Frage nach der Politischen Architektur mit einer Untersuchung, die bereits 1974 veröffentlicht wurde. Es war das erste Werk im deutschen Sprachraum, das nicht nur den Anspruch hatte, die „politische Ikonographie“ der Architektur zu untersuchen, sondern die Schlagworte auch im Titel führte: Gemeint ist Stanislaus von Moos' richtungsgebendes Darstellung „Turm und Bollwerk“<sup>45</sup>. Einleitend weist v. Moos auf eine Schwäche der Kunstgeschichte hin, nämlich dass ihr die Erfindung neuer Ausdrucksformen wichtiger sei, als die Fortführung überlieferter Bildtraditionen. Wenn man aber – wie er – nicht den innovativen Charakter oder den künstlerischen Wert eines Bauwerks betrachten wolle, sondern die Bauform in ihrem Bezug zur realen politischen Geschichte ihrer Zeit zu verstehen versuche, hätten neue Ausdrücke keinen Wert. „Was in solcher Perspektive ins Gewicht fällt, ist vielfach weniger der innovative Charakter oder der künstlerische Wert eines Bauwerks, sondern seine Teilhabe an einer Tradition der Symbolisierung politischer Macht.“<sup>46</sup> Für die Errichtung von Wehranlagen, das v. Moos als „technisches Verhalten“ bezeichnet, gelte, dass dies keinesfalls irrational sei und auch, dass ihre Zweckdeterminiertheit sich nicht im technischen Bereich erfülle. Das „technische Verhalten“ umgreife vielmehr auch „[...] Psychologie, Politik, Ökonomie und gesellschaftliche Ideologie, und zwar nicht zuletzt kraft der ästhetischen Prägnanz, mit der technische Funktionen veranschaulicht werden.“<sup>47</sup> Damit hatte v. Moos schon recht genau umrissen, was der Kern von Politischer Architektur ist.

Eine gute Hinführung neueren Datums zum Thema ist Hatjes Untersuchung zu „Repräsentationen der Staatsgewalt“<sup>48</sup> in Hamburg. Seine Fragestellung lautete: „Hat ein Gebäude eine zeichenhafte, semantische Bedeutung jenseits seiner Funktionalität?“<sup>49</sup> Sein Ausgangspunkt war die Debatte um die angemessene Gestalt der neuen Bundeshauptstadt Berlin. Ohne näher auf das „warum“ einzugehen, erklärte Hatje sozusagen instinktiv, die Debatte zeige, dass Gebäude offenbar das Gemeinwesen repräsentierten, was wiederum zu tun habe mit Anspruch und Wirklichkeit, mit Verfassung und Verfasstheit.<sup>50</sup> Der Streit um

---

<sup>43</sup> Vgl. Klotz, s. S. 400.

<sup>44</sup> Klotz, s. S. 403.

<sup>45</sup> Vgl. Moos, Stanislaus v.: Turm und Bollwerk. Beiträge zu einer politischen Ikonographie der italienischen Renaissancearchitektur. Zürich, Freiburg i. Br. 1974.

<sup>46</sup> Vgl. Moos, s. S. 9.

<sup>47</sup> Moos, s. S. 15.

<sup>48</sup> Vgl. Hatje, Frank: Repräsentationen der Staatsgewalt. Herrschaftsstrukturen und Selbstdarstellung in Hamburg 1700 – 1900. Basel, Frankfurt/M. 1997.

<sup>49</sup> Hatje, s. S. 12.

<sup>50</sup> Vgl. Hatje, s. S. 11.

die Verhüllung des Reichstags und die damit verbundene Frage nach der Würde des Parlaments, die Nutzung von Bauten für die Ministerialverwaltung, die schon im Kaiserreich politische Machtzentren waren und von der DDR weiter genutzt wurden, oder etwa Bauten, die erste im Dritten Reich errichtet wurden – all diese Debatten zeigten die „Symbolkraft“ eines Gebäudes. Symbol wiederum sei gleichbedeutend mit der Selbstdarstellung, und ohne diese käme ein Staat, der wie jeder Mensch Teil einer sozialen Struktur sei, nicht aus.<sup>51</sup> Dabei ziele der Staat in seiner Repräsentation nicht nur darauf, sein tatsächliches Sein zu zeigen, sondern auch darauf, sich als die Verwirklichung einer idealen Ordnung ins Spiel zu bringen. Adressaten dieser Botschaft seien nicht nur seinesgleichen – also andere Staaten – sondern auch die Bürger. Denn ohne „Publikum“ wäre der Aufwand ja sinnlos. Der soziologische Ansatz, den Hatje hier im Auge hat, ist der der Semiotik, für die die gesamte *Welt* aus Zeichen und Codierungen besteht. „Dafür ist entscheidend, dass die Beziehung zwischen Zeichen und Bezeichnetem auf kultureller Übereinkunft beruht und dass Codes nach syntaktischen und semantischen Regeln eine Auswahl aus der Fülle von Informationseinheiten treffen, Kombinationsmöglichkeiten begrenzen und damit ein Struktur schaffen, die den Zeichen einen Sinn zu geben vermögen.“<sup>52</sup> Mit einem ähnlichen Ansatz der von Umberto Eco entwickelten Semiotik untersuchte Gröger den „Reichstag als Symbol“<sup>53</sup>. Dabei konzentrierte sie sich auf Gebäude- und Funktionsaspekte der Architektur. Als Datenmaterial benutzte Gröger vor allem Presse-Artikel überregionaler Zeitungen in Deutschland, die sie anhand der qualitativen Sozialforschung (Grounded Theory) auswertete. Auch dieser Forschungsansatz ergab interessante und verwertbare Hinweise; zur Erfassung der komplexen Situation auf dem Schlossplatz mit einem tatsächlichen und einem virtuellen Bau unterschiedlicher Ausprägung entpuppte sich die Semiotik jedoch als zu beschränkt.

Das beste Untersuchungsmaterial nutzt nichts, wenn die Begriffe fehlen, mit denen man seinen Forschungsgegenstand gleichsam seziert. Auf der Suche nach seinem solchen Instrumentarium der Begriffe war die grundlegende Abhandlung von Gottschall<sup>54</sup> eine große Hilfe. In seinem Beispiel über den Wandel der Ding- und Symbolfunktion des Turms kommt Gottschall zu dem einleuchtenden Schluss, Architektur sei die materialisierte Form von Gesellschaft.<sup>55</sup> Das bedeutet aber auch, dass die Architektur das „Ergebnis sozialer Strategien“ sein muss – und somit immer auch mit Macht verbunden ist. Besonders deutlich wird das für die Zeit des Barock. Und da die Schlossfreunde die Barocke Fassade wieder errichten wollen, lohnt es sich, an diesem Punkt kurz inne zu halten, um sich mit Gottschall die Funktion „materialisierter Macht“ barocker Herrscher zu betrachten.

Das Stadtbild des Barock habe einen hohen semantischen Anspruch zur Verherrlichung absolutistischer Macht gehabt. Die herrschaftliche Residenz bildete Ausgangs- und Zielpunkt der bühnenhaften räumlichen Komposition, in der die Stadt der Bürger nur mehr die Funktion eines Audienzsaales hatte, durch die die Menschen gleichsam zur Staffage erniedrigt wurden.<sup>56</sup> Konsequenterweise wurden die gesellschaftlichen Dominanten des Mittelalters, Kirchen und Rathäuser, abgewertet. Die Abwertung erfolgte durch die Neukomposition des städtischen Raumes, indem Sichtachsen, Kanäle und Alleen in strenger Geometrie auf den Sitz des Herrschers zuführten.

---

<sup>51</sup> Vgl. Hatje, s. S. 13.

<sup>52</sup> Hatje, s. S. 15.

<sup>53</sup> Vgl. Gröger, Stephanie: Der Reichstag als Symbol. Untersuchung seiner Bedeutungen von 1990 bis 1999. Stuttgart, Berlin 2003.

<sup>54</sup> Vgl. Gottschall, Walter: Politische Architektur. Begriffliche Bausteine zur soziologischen Analyse der Architektur des Staates (In: Europäische Hochschulschriften, Reihe 37, Bd. 5). Bern, Frankfurt/M., New York 1987.

<sup>55</sup> Vgl. Gottschall, s. S. 30 ff.

<sup>56</sup> Vgl. Gottschall, s. S. 37.

Nicht anders war das bei dem Berliner Stadtschloss. Hier ordnete die Allee Unter den Linden das Zentrum der Stadt auf das Schlossportal V hin, und es ist sicher kein Zufall, dass die Schlossfreunde immer wieder die Leerstelle bemängelten, auf die nach der Vernichtung des Schlosses die Linden zuliefen. Aus diesem barock-absolutistischen Gefühl der vermeintlichen Leere musste der Ruf nach der Errichtung zumindest der Kubatur des Schlosses gekommen sein. Doch ganz so simpel liegen die Dinge nicht. Denn zum einen sind Achsen und Fluchten nicht per se totalitär, wie Durth<sup>57</sup> überzeugend belegt, und zum anderen laufen die Linden nicht ins Leere, sondern werden über den Schlossplatz an den Palast geführt und darüber hinaus virtuell bis zum Fernsehturm weitergeleitet. Zu beachten ist auch, dass die Allee Unter den Linden bereits vor dem Umbau Schlüters vorhanden war; die Straßenführung vor der barocken Umgestaltung traf daher auf ein gänzlich anderes Schlossareal. Es gab beispielsweise gar kein barockes Portal V und auch nicht den einheitlich hohen Nordflügel des Schlosses. Streng genommen korrespondierte daher die Allee mit dem damaligen Hauptgebäude – und das war die Mitte des Osttraktes, an dessen Stelle dann der Palast der Republik errichtet wurde. Vollkommen verschoben wurde die einheitliche Dominante des Schlosses durch die erst 1840 von Stüler errichtete Kuppel über dem pompös ausgestalteten Portal III an der Westseite, wenige Meter vor den verwinkelten Bauten der Schlossfreiheit und der gar nicht so herrschaftlich breiten Spree. Die Kuppel passte zwar in die als „aristokratische Stadtplanung“ bezeichnete Ausrichtung der Straßen und Bauten Berlins in Ost-West Richtung<sup>58</sup>, aber gleichzeitig entstand hier eine Disharmonie; denn nun sah es so aus, als sei die Linden falsch geplant worden, sie lief ja nicht auf das von einer gewaltigen Kuppel gekrönte Hauptportal III zu. Aus der Sicht der Stadtplanung und als Bezugspunkt des Schlossareals war die Kuppel daher ein Fehler. Wenn, dann hätte man sie auf das Portal V setzen müssen. Streng genommen war bereits die Gestaltung von Eosanders Portal III eine Verlegenheitsplanung, denn er hatte den „Haupteingang“ ursprünglich für die Südfassade vorgesehen. Das pompöse Denkmal Kaiser Wilhelms I. muss man daher auch als Versuch sehen, den Fehler zumindest etwas korrigieren zu wollen. Doch die Kuppel hatte auch eine eigenständige Bedeutung. Es war kein Zufall und passt in die Logik der Untersuchung von Gottschall, dass die Planung und Errichtung der Kuppel als Symbol absoluter Macht in der Zeit der bürgerlichen Revolution von 1848 fiel. Auf dem Hintergrund der spezifischen politischen Kultur prägte vor allem die Architektur des Staates Bilder von Staat und Gesellschaft und trage damit zur Legitimation der Herrschaftsordnung bei, meint Gottschall.<sup>59</sup> Für die Herrschaft der Hohenzollern stimmte das ohne Zweifel; die Kuppel sollte für weitere 70 Jahre die Machtverhältnisse in Preußen und dem Zweiten Reich stabilisieren.

Was aber für das Kaiserreich nützlich war, könnte auch in einer Demokratie funktionieren. Zumindest ist die Definition Politischer Architektur, wie sie Gottschall vornimmt, nicht an ein System gebunden.<sup>60</sup> Für ihn stellt Politische Architektur einen baulichen Ausdruck jener Kräftekonstellationen einer Gesellschaft dar, welche die politische Herrschaftsordnung zentral bestimmen; sie erfüllt damit die Interessen und Bedürfnisse der strukturellen Eliten. Die Politische Architektur vermittelt außerdem die vorhandenen Werte und Normen politischer Kommunikation. Damit prägte Politische Architektur Identität und legitimiere das politische System. Wenn daher die Architektur des Staates analysiert werde, erlaube sie „[...]

---

<sup>57</sup> Vgl. Durth, Werner: Utopie der Gemeinschaft. Überlegungen zur Neugestaltung deutscher Städte 1900 – 1950 (In: Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument. Hg. von Romana Schneider und Wilfried Wang). Ostfildern-Ruit 1998, s. S. 135 ff.

<sup>58</sup> Vgl. Nerdinger, Winfried: „Ein deutlicher Strich durch die Achse der Herrscher“. Diskussionen um Symmetrie, Achse und Monumentalität zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik (In: Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 2000. Macht und Monument. Hg. von Romana Schneider und Wilfried Wang). Ostfildern-Ruit 1998, s. S. 87 ff.

<sup>59</sup> Vgl. Gottschall, s. S. 43.

<sup>60</sup> Vgl. Gottschall, s. S. 46 ff.

Rückschlüsse auf jene Machtkonstellationen, welche die Rolle des Staates und damit auch die der politischen Herrschaftsordnung zentral bestimmen.“<sup>61</sup> Damit wären wir aber wieder mitten in der Stadtschlossdebatte, die sich ja um einen Bau drehte, der sich auf staatlichem Grund befindet, hauptsächlich vom Staat gebaut und finanziert werden soll und den der Staat – wie auch immer – für eigene Zwecke nutzen möchte.

Die vorliegende Arbeit ist keine im Bereich der Kunstgeschichte oder der Architektur. Es erfolgt daher keine durchgängige Analyse der Schmuck, bzw. Architekturelemente von Palast und zukünftigem Neubau, auch wenn immer wieder auf die Fassaden Bezug genommen wird. Ebenso wenig hat sich der Verfasser gesondert mit psychologischen Aspekten von Visualisierung, Gestalt, Schuld und Erinnerung beschäftigt. Eine psychologische Begründung für den spezifischen Ablauf der Debatte kann daher nicht geliefert werden. Untersucht wurde auch nicht die Baugeschichte des Schlosses und des Palasts; die Darstellungen beider Entstehungs- und Vernichtungsgeschichten dienen einzig dem Zweck, sich mit dem Gegenstand vertraut zu machen, zu wissen, um was es sich eigentlich handelt und wo genau etwas gebaut oder abgerissen wurde oder werden soll. Die Beschäftigung mit der Baugeschichte des Schlosses ist umfassender ausgefallen, als man es in Hinblick auf die Thematik der Arbeit erwartet hätte. Diese breitere Darstellung war jedoch nötig, um im Hauptteil identifizieren zu können, wer ohne oder mit geringen Kenntnissen des Schlosses für oder gegen seine Wiedererrichtung eintrat. Gleiches gilt für den Palast, nur dass hier aufgrund der kaum fünfzehnjährigen Nutzungszeit des Baus, der keine Erweiterungen und Umbauten erhalten hatte, sehr viel weniger Material zu berücksichtigen war. Für das Schloss wurde die aktuellste und zugleich umfassendste Arbeit von Guido Hinterkeuser<sup>62</sup> benutzt, das von der Kritik als neues Standartwerk bezüglich der Schlossbaugeschichte bis einschließlich der Ära Schlüter gefeiert wurde. Das Buch diskutiert die bisherigen Standartwerke bezüglich der Bau- und Nutzungsgeschichte des Schlosses ausführlich, so dass diese nicht zusätzlich überprüft wurden. Es ist darüber hinaus reich mit historischem Material bebildert. Besonders der Kataloganhang verzeichnet eine akribisch zusammengetragene Fülle von Zeichnungen, Druckgraphiken, Gemälden und Medaillen, die den Anspruch haben, vollständig zu sein.<sup>63</sup> Die Teile II bis IV des Katalogs enthalten zudem Dokumente und Inschriften zu Bau, Ausstattung und Nutzung des Schlosses und wurden ebenfalls mit bemerkenswerter Präzision aus unterschiedlichen Archiven zusammengetragen.<sup>64</sup> Wichtige Textstellen, die Hinterkeuser in seinem Werk aus Quellen zitierte, wurden übernommen. Da, wie bereits gesagt, nicht die Baugeschichte des Schlosses Gegenstand der Arbeit ist, ist diese Vorgehensweise gerechtfertigt. Die Darstellung Hinterkeusers war eine große Hilfe in der dinglichen Aneignung des Streitobjektes. Vor allem zeigte sie, dass das Schloss, wie es heute rekonstruiert werden soll, eigentlich ein Werk des Zufalls war. Viele Entscheidungen wurden immer wieder geändert, viele Bauten in, um und an der Berliner Residenz wurden abgerissen, bzw. vollkommen verändert. Für die Baugeschichte bis 1706 hat sich der Verfasser neben

---

<sup>61</sup> Gottschall, s. S. 46.

<sup>62</sup> Vgl. Hinterkeuser, Guido: Das Berliner Schloss. Der Umbau durch Andreas Schlüter. Berlin 2003.

<sup>63</sup> Vgl. Hinterkeuser, Katalog, Teil I, s. S. 287-394.

<sup>64</sup> Vgl. Hinterkeuser, Katalog, Teil II bis IV, s. S. 397-442.

Hinterkeuser vor allem an die Bände<sup>65</sup> von Goerd Peschken orientiert. Für die Zeit danach war „Das Berliner Schloss“<sup>66</sup>, ebenfalls von Peschken, das Maß aller Dinge.

Ebenso anzueignen war die Zeit der Vernichtung der Stadtschlossruine. Auch für dieses Thema sind inzwischen einige Werke entstanden, die den Abriss ausführlich dokumentieren und kommentieren. Die ausführlichste und aktuellste Darstellung mit zahlreichen Faksimile-Akten und Briefen ist die von Bernd Maether.<sup>67</sup> Ein weiteres, eindrucksvolles Beispiel ist der „Bildbericht“<sup>68</sup>, der unmittelbar nach der Vernichtung des Schlosses im Auftrag des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen herausgegeben wurde. Einen knappen, aber umso wichtigeren Beitrag für die wissenschaftliche Beurteilung des Schlosses als Ort des Politischen, besonders im Hinblick auf die Frage, ob es eine „Zwingburg“ war, leistete Wolfgang Neugebauer.<sup>69</sup>

Um zu zeigen, was technisch inzwischen im Bereich von Denkmalschutz und Rekonstruktion machbar ist, wurde exemplarisch ein kleiner Dokumentationsband mit 35 Beispielen miteinbezogen.<sup>70</sup> Die Stoßrichtung der Publikation, nämlich dass eine Rekonstruktion des Berliner Schlosses statthaft und sinnvoll sei, ist zwar offenkundig, beeinträchtigt aber nicht die Qualität der Dokumentation.

Der Vollständigkeit halber muss natürlich auch der Palast der Republik in seiner Entstehung und Nutzung kennen gelernt werden. Ein Besuch der Säle und Räumlichkeiten war bedauerlicherweise nicht mehr möglich, da seine Schließung noch in den letzten Tagen der DDR von der letzten Ost-Berliner Regierung veranlasst worden war. Eine eindrucksvolle Quelle mit zahlreichen Fotos fand sich in dem Band, der zur Eröffnung des Palastes u.a. von dem Architekten Graffunder selbst herausgegeben wurde.<sup>71</sup>

Der Gegenstand, um den sich die Debatte drehte, war letztlich ein visuelles Ereignis: umbauter Raum und Straßenmuster. Darstellungen und Studien, die die Berliner Mitte und das dort Geplante als Bild wiedergaben, waren daher notwendige Hilfsmittel. Zahlreiche Kataloge, Kongressberichte und Materialsammlungen, die sich mit der städteplanerischen Neugestaltung der Berliner Mitte beschäftigten, wurden daher gesichtet und nur die brauchbarsten ausgesucht.

Als frühes Zeugnis für ein halbwegs rekonstruiertes Schlossgebilde mit vielen verfremdenden Elementen kann man die Studie<sup>72</sup> vom Mai 1993 des Ehepaars Schüler-Witte sehen; beide engagierten sich durchgehend für die Schlossfreunde. Einen sehr guten und neutralen Überblick über die Planungen gewährleistet der als Begleitung der Ausstellung „Historische

---

<sup>65</sup> Vgl. Peschken, Goerd: Das königliche Schloss zu Berlin. Erster Band: Die Baugeschichte von 1688-1701 mit Nachträgen zur Baugeschichte des Schlosses seit 1442. München 1992.

Peschken, Goerd: Das königliche Schloss zu Berlin. Zweiter Band: Die Baugeschichte von 1701 bis 1706. München, Berlin: 1998.

Peschken, Goerd, Wiesinger, Liselotte: Das königliche Schloss zu Berlin. Dritter Band: Die barocken Innenräume. München, Berlin 2001.

<sup>66</sup> Vgl. Peschken, Goerd, Klünner, Hans-Werner: Das Berliner Schloss. Das klassische Berlin. Frankfurt/M., Berlin 2. Aufl. 1991.

<sup>67</sup> Vgl. Maether, Bernd: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlosses. Eine Dokumentation. Berlin 2000.

<sup>68</sup> Vgl. Rodemann, Karl (Hg.): Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler. 2. Aufl. Berlin 1951.

<sup>69</sup> Vgl. Neugebauer, Wolfgang: Residenz – Verwaltung – Repräsentation. Das Berliner Schloss und seine historischen Funktionen vom 15. bis 20. Jahrhundert (In: Kleine Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin, Heft 1). Potsdam 1999.

<sup>70</sup> Vgl. Zerstörung und Rekonstruktion historischer Bauwerke. Eine Dokumentation. Herausgegeben von der Gesellschaft zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses e. V. Berlin o. J.

<sup>71</sup> Beerbaum, Martin, Graffunder, Heinz: Der Palast der Republik. Leipzig 1979.

<sup>72</sup> Vgl. Schüler, Ralf, Schüler-Witte, Ursulina: Studie und Vorschlag für den Wiederaufbau der Fassade des Berliner Schlosses und die Anordnung innenliegender Neubauten. Berlin 1993.

Mitte Berlin – Schlossplatz, Ideen und Entwürfe, 1991 – 2001“ herausgegebene Katalog.<sup>73</sup> Parteiisch für das Schloss war erwartungsgemäß der Katalog „Das Schloss?“<sup>74</sup> zur Ausstellung der Schlossfreunde. Eine erhellende Dokumentation der Debatte unter Experten bildete die Zusammenfassung „Schloss, Palast, Haus Vaterland“, in der beispielsweise der Frage nachgegangen wurde, ob Rekonstruktion erlaubt sei.<sup>75</sup> Eine ähnliche Qualität in der Präsentation und Verarbeitung der Debatte besaß ein Heft des Vereins „Ästhetik und Kommunikation“<sup>76</sup>. Eine Publikation, die noch stärker auf eine Fachleserschaft zugeschnitten war, beschäftigte sich mit der frühen Architektur-Kontroverse um vermeintlich moderne und konservative Ansätze in der Gestaltung.<sup>77</sup> Die Architekten Kollhoff und Hoffmann-Axthelm standen im Mittelpunkt dieser „deutschen Erregung“. Die Ergebnisse der Internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ wurden ebenfalls in zwei Bände<sup>78</sup> veröffentlicht, bieten aber nichts, was in den Medien nicht auch schon anlässlich ihrer Sitzungen besprochen wurde.

Nicht zuletzt, weil es sich bei der Debatte auch um die Frage nach der städtebaulichen Mitte Berlins ging, wurden Rekonstruktionsprojekte der dem Schlossplatz benachbarten Areale zumindest gestreift. Konkret waren hier zwei Projekte von großer Bedeutung: Einmal die inzwischen abgeschlossene Wiedererrichtung der ehemaligen „Kommandantur“ durch die Bertelsmann AG mit der inzwischen sicherlich als exklusiv zu nennenden Adresse „Unter den Linden 1“, zum anderen die bisher nur angedachte und nur als Gebäudeecke realisierte Rekonstruktion der Schinkelschen Bauakademie<sup>79</sup> vor der Nordfassade des Auswärtigen Amts. Von den Veränderungen auf der Schlossfreiheit war bereits die Rede.

Da der Bau in der Debatte eine sehr wichtige Rolle spielte, konnte ich nicht umhin, auch das im Berliner Westend gelegene Internationale Congress Centrum (ICC) näher unter die Lupe zu nehmen, zumal es zeitgleich mit dem Palast entstanden war. Ob es sich hier um die Konkurrenten von Warnkes „Bau und Gegenbau“ handelte, konnte nur andeutungsweise untersucht werden. Ein direkter Vergleich beider Bauten steht noch aus. Frappierende ästhetische und funktionale Ähnlichkeiten zwischen Congress-Saal und Volkskammersaal fallen zumindest ins Auge.<sup>80</sup>

Mit der Veränderung der Berliner Mitte nach 1990 wurden zahlreiche Straßen und Plätze um-, bzw. rückbenannt. Soweit es für die Analyse der Debatte von Nutzen war, habe ich diese Veränderungen hervorgehoben. Die wichtigste, ohne Zweifel symptomatischste, Namensänderung war die Umbenennung des Marx-Engels-Platzes in Schlossplatz. Der neue Platz umfasste damit ein viel größeres Areal, als noch zu Zeiten des Schlosses. Aber auch das Wiederauftauchen der Jägerstraße (vorher: Otto-Nuschke-Straße) oder Lustgarten (vorher:

---

<sup>73</sup> Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (Hg.): Historische Mitte Berlin – Schlossplatz, Ideen und Entwürfe, 1991 – 2001. Berlin 2001.

<sup>74</sup> Vgl. Förderverein Berliner Stadtschloss (Hg.): Das Schloss? Eine Ausstellung über die Mitte Berlins. Berlin 2. Auflage 1993.

<sup>75</sup> Vgl. Jakubeit, Barbara, Hoidn, Barbara (Hg.): Schloss. Palast. Haus Vaterland. Gedanken zu Form, Inhalt und Geist von Wiederaufbau und Neugestaltung. Berlin, Basel, Boston 1998.

<sup>76</sup> Vgl. Ästhetik und Kommunikation (Hg.): Das Schloss. 32. Jg., Heft 114, Berlin 2001.

<sup>77</sup> Vgl. Kähler, Gert (Hg.): Einfach schwierig. Eine deutsche Architekturdebatte. Ausgewählte Beiträge 1993-1995. Braunschweig, Wiesbaden 1995.

<sup>78</sup> Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (Hg.): Internationale Expertenkommission Historische Mitte Berlin. Materialien. Berlin 2002, sowie Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (Hg.): Internationale Expertenkommission Historische Mitte Berlin. Abschlussbericht. Berlin 2002.

<sup>79</sup> Vgl. Pro Bauakademie. Argumente für eine Neugründung. Dokumentation der Diskussion auf der Constructa '92 am 8. Februar 1992 in Hannover. Herausgegeben von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Berlin. Berlin 1992, s. vor allem den Beitrag von Hans Stimmann, S. 31-33.

<sup>80</sup> Vgl. AMK Berlin (Hg.): 10 Jahre Internationales Congress Centrum Berlin. Berlin 1989, s. S. 26-27.

Marx-Engels-Platz, nördlicher Teil) zeigte bereits klare Tendenzen für eine Rückbesinnung auf die Zeit vor 1945.<sup>81</sup>

Im Zentrum der Untersuchung steht der Verlauf der Debatte über die Gestaltung des Schlossplatzes, wie sie in den ausgewählten Medien stattfand. Die Veröffentlichungen haben daher nicht so sehr einen literarischen Eigenwert, sondern stellen vielmehr die „Botenstoffe“ dar, die übermitteln, wie unterschiedliche Menschen über die Zukunft der Berliner Mitte dachten und handelten. Dass diese Menschen, deren Meinungen und Handeln veröffentlicht wurde, nicht nur einfache Bürgerinnen und Bürger waren, sondern zusätzlich – warum auch immer – Entscheidungsgewalt besaßen, begründet ihre Wichtigkeit. Wie weit die Entscheidungsbefugnis im Einzelnen reichte, ob sie konkret vorhanden oder nur eine vorgeschobene war, war für die Untersuchung ohne Relevanz. Diese Vorauswahl wurde praktisch von den Redaktionen vorgenommen, da man stillschweigend davon ausgehen konnte, dass sie bestrebt waren, nur die entscheidungsbefugten Personen zu Wort kommen zu lassen, bzw. über sie zu berichten.

Die von der Architektin Anna-Inés Hennet 2005 veröffentlichte Untersuchung über die „Schlossplatzdebatte im Spiegel der Presse“<sup>82</sup> war mir wider Erwarten keine Hilfe. Zum einen lässt sich in der Arbeit nicht erkennen, aufgrund welcher Kriterien sie die Presse auswertete – Tageszeitungen stehen neben Vereinsmitteilungen und Fachpublikationen<sup>83</sup> – zum anderen durchzieht die Untersuchung eine unkritische Nähe zu den Schlossbefürwortern, die man sich als auf Neutralität verpflichteter Wissenschaftler nicht leisten sollte. Eine Auswertung aller „maßgeblicher“ Presseartikel, wie auf dem Umschlag des Buches verkündet wird, fand nicht statt. In der Literaturliste fehlt auch das für die Schlossbaugeschichte maßgebliche Werk von Hinterkeuser; statt dessen benutzte Hennet die nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehenden Publikation von Albert Geyer aus den 1930er Jahren. Das für die Debatte so wichtige und bereits erwähnte Zitat von Gerhard Schröder wird von Hennet verkürzt wiedergegeben und ausschließlich auf die ästhetische Argumentation reduziert.<sup>84</sup> Der Aspekt Schröders, mit dem Schloss auch „befrieden“ zu wollen, wird weder erwähnt noch problematisiert. Am Ende heißt es gar, Hennet wünsche sich nun den Abriss des Palastes, den Bau des Humboldt-Forums mit seinen drei barocken Außenfassaden „[...] und schließlich eine große Spendenbereitschaft sowie ein[en] nationale[n] Aufbauwille[n] der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik und ihrer Volksvertreter [...]“.<sup>85</sup> Da passt es ins Bild, dass Wilhelm von Boddien, die Schlüsselfigur der Schlossfreunde, den Epilog des Buches schreibt und zufrieden das Ende der Debatte konstatiert. Damit gehört das Werk eigentlich zu den Materialien der Schlossfreunde, wie etwa der Band über das Pro und Contra in der Schlossplatzdebatte, in dem Contra-Aspekte praktisch nicht vorkommen.<sup>86</sup>

Die zentrale Fragestellung war gleichsam das erkenntnisleitende Buschmesser, mit dem man sich den Weg durch das Dickicht des Zeitungsgestrüpps bahnte. Auf Nebenaspekte der Debatte wurde nur eingegangen, wenn sie bestimmte Sachverhalte für das Thema erhellten. Doppelungen, die immer wieder vorhanden waren, wurden schlicht nicht beachtet.

Den Verlauf der Debatte wurde nach bestimmten Aspekten geordnet. Zuerst nach dem der Chronologie. Dann nach dem einer als organisch zu nennenden Entfaltung der Debatte: Ein zaghafter Anfang (1990 bis 1994) bekam immer wieder und immer schneller neue

---

<sup>81</sup> Vgl. Mayer, Herbert, Mende, Hans-Jürgen: Umbenennungen. Die neuen Straßennamen seit dem Fall der Mauer. Berlin 1993.

<sup>82</sup> Vgl. Hennet, Anna-Inés: Die Berliner Schlossplatzdebatte im Spiegel der Presse. Berlin 2005.

<sup>83</sup> Beispielsweise eine Verlautbarung der Deutschen Architektenkammer, s. S. 96.

<sup>84</sup> Vgl. Hennet, s. S. 116.

<sup>85</sup> Hennet, s. S. 152.

<sup>86</sup> Vgl. Boddien, Wilhelm v., Engel, Helmut: Die Berliner Schlossdebatte – Pro und Contra. Berlin 2000.

Impulse (1998, 1999, 2001), bis hin zu dem stürmischen Crescendo vor der Sommerpause 2002.

In dem Schlussteil kommt der Verfasser zu einer Bewertung des politischen Zustands der schlösserbauenden deutschen Demokratie. Im Zentrum dieser Bewertung muss die Frage nach der Bedeutung des Schlosses als Symbol stehen: Ist es ein unheilswangeres Zeichen für politische Restauration – und damit tatsächlich ein antizivilgesellschaftliches Befriedungsmittel á la Schröder? Oder stellt die Errichtung des „Humboldt-Forums“ mit Barockfassade eine „Normalisierung“ der Gesellschaft dar, die in freiem Willen darüber entscheidet, welches der städtebaulichen Narben der Geschichte per technischer Machbarkeit wegetruschiert werden sollte?

## 1.7. Materialauswahl

Die Schlossplatzdebatte wurde in allen erdenklichen Weisen und mit allen möglichen Medien geführt. Sie wurde darüber hinaus auch im Ausland registriert. Für das Innland lässt sich feststellen: Es gab und gibt zum Thema Stadtschloss, bzw. Palast der Republik

- Bücherartikel, Glossen, Kommentare, Interviews in allen wichtigen und weniger wichtigen Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen
- Interviews im Radio und im Fernsehen
- Talk-Runden im Fernsehen, in Diskussionsrunden und bei Vorträgen
- Anträge und Redebeiträge im Bundestag
- Kommissionen
- Vereine
- Internetpräsentationen
- Demonstrationen

Sämtliche Beiträge zu erfassen und zu berücksichtigen war weder zeitlich noch technisch möglich. Daher musste in mehreren Schritten eine enge Auswahl getroffen werden. Zunächst beschränkte sich der Verfasser ausschließlich auf die Printmedien. In den gedruckten Beiträgen in den Tages- und Wochenzeitungen ist die Schlossplatzdebatte in ihrer Dynamik besonders gut greifbar: Mal erscheinen täglich neue Beiträge zum Thema, dann wieder monatelang nichts.

Darüber hinaus bietet die Zeitung eine Vielzahl an Darstellungsmöglichkeiten: Vom einfachen, sachlichen Bericht angefangen, über Interviews, Glossen, Kommentaren, bis hin zu Gastbeiträgen (politischer) Akteure ist alles vorhanden, sämtliche Argumente werden so greifbar.

Die Zeitungen sind kontinuierlich an dem Thema „dran“, die Redaktionen reagieren auch aufeinander, versuchen ihre Position zu verteidigen – kurz: streiten miteinander um die für sie beste Lösung.

Alle „dynamischen“ Medien – Film, Fernsehen, Radio, Internet – wurden auch aus technischen Gründen außer acht gelassen.

Keine Beachtung fanden auch Live-Veranstaltungen: Vorträge, Demonstrationen, Reden und der gesamte Komplex „Vereinsarbeit“, da man aus rein physischen Gründen unmöglich überall dabei sein konnte. Darüber hinaus berichtete die Presse von den wichtigeren Veranstaltungen ohnehin, so dass eine Präsenz vor Ort gar nicht notwendig war.

Doch mit der Kategorie „Printmedien“ war es noch nicht getan, denn auch der Blätterwald des deutschen Medienmarkts ist praktisch nicht zu bewältigen. Daher konzentrierte sich der Verfasser auf die großen überregionalen Produkte, und zwar auf folgende:

- In der Kategorie Tageszeitungen: Die *Welt*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (*FAZ*), die tageszeitung (*taz*), Süddeutsche Zeitung (*SZ*), Neues Deutschland (*ND*), junge *Welt* (*JW*).
- In der Kategorie Wochenzeitungen: Die *Zeit*, Der *Spiegel*.

Anhand der Auflagenstärke und der Verbreitung der ausgesuchten Medien kann man die dortigen Beiträge als repräsentativ für ganz Deutschland ansehen.

Boulevardzeitungen wurden bewusst ausgeklammert, weil sie sich nicht ausführlich mit den Argumenten auseinandergesetzt haben. Ihr Einfluss auf die Debatte soll damit aber nicht bestritten werden.

Nicht berücksichtigt wurden auch die Zeitungen, die vor allem in Berlin gelesen werden, beispielsweise der Tagesspiegel oder die Berliner Zeitung. Das hat zwei Gründe:

- a) Die Medienlandschaft in Berlin ist ein Thema für sich; Die Stadt als eigenes „Bundesland“, Hauptstadt des Bundes, starken Bezirken und markanten Milieus spiegelt sich in einer spezifischen Zeitungslandschaft wider. Um diesen Blätterwald für die Untersuchung in ganzer Tiefe erschließen zu können, fehlte schlicht die *Zeit*.
- b) Darüber hinaus sollte die Untersuchung nicht durch die Spezifika der Berliner „Kiezpolitik“ überlastet werden, zumal auch in den Berliner Lokalzeitungen meistens entlang der bundesweiten Frontlinien argumentiert und polemisiert wurde – wie ein erster Überblick ergeben hatte.

Eine Ausnahme hinsichtlich Verbreitung und Lokalität sind die „Junge *Welt*“ und das „Neue Deutschland“. Beide Zeitungen werden hauptsächlich in Berlin gelesen und haben im Vergleich zu den anderen keine hohen Auflagen, aber da auch eine „Ostdeutsche“ Sicht miteinbezogen werden sollte, fanden beide Medien Eingang in die Untersuchung.

Die *taz* und die *FAZ* wurden als zwei entgegengesetzte Richtungen auf dem deutschen Zeitungsmarkt mit dem Anspruch der Vollständigkeit untersucht. In beiden Medien fallen bereits alle nur erdenklichen Argumente für und gegen eine Rekonstruktion des Schlosses. Das heißt, allein diese beiden Zeitungen hätten eigentlich gereicht, wie sich letztlich herausstellte, um die ganze Spannbreite der Schlossplatzdebatte zu erfassen.

Alle weiteren Zeitungen wurden hinzugezogen, um die Komplexität und die unterschiedlichen Nuancen der Debatte zu veranschaulichen; neue Aspekte wurden von ihnen nicht vertreten.

Gänzlich weggelassen wurden die ursprünglich geplanten Interviews mit den wichtigsten Akteuren der Debatte. Auch hierfür gibt es zwei stichhaltige Argumente:

- a) Die meiste Zeit, während der die Arbeit entstand, lebte der Verfasser nicht in Berlin, ja nicht einmal in Deutschland. Der „Zugriff“ auf die Akteure war daher aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht zu bewerkstelligen.
- b) Die besonders interessanten Akteure – Bundeskanzler Schröder, Kulturminister Nida-Rümelin oder der Vorsitzende der Schlossplatzkommission, Hannes Swoboda, um nur einige zu nennen – waren und sind für einen „kleinen Doktoranden“ nicht zu erreichen. Telefonisch oder persönlich schon gar nicht, aber auch nicht in Form eines ausführlichen Fragebogens. Der moderne Politikbetrieb lässt dafür keinen Raum. Das musste nach ersten und zugleich vergeblichen Versuchen mit Herrn Swoboda eingesehen und akzeptiert werden.